

dert, er kann also gegen dasselbe weder Versammlungen besuchen, noch Vereinigungen beitreten. Dies ist Art. 32 der Constitution bestimmt, und darin liegt nicht, wie viele sagen, eine ungerechte Beschränkung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts.

Bedenklicher ist es, daß alle diese Rechte im Fall eines Kriegs und Aufruhrs eine Zeitlang für einen bestimmten Distrikt aufgehoben werden können. Art. 108. Aber wenn sich Hunderte und Tausende zusammenrotten, um das Gesetz mit Füßen zu treten, so sind Mittel nöthig, das Gesetz wieder herzustellen, und deshalb muß die Regierung das Recht haben, in solchen Fällen die Grundrechte aufzuheben.

Die näheren Bestimmungen darüber sind einem besondern Gesetze vorbehalten; und dies muß Anordnungen treffen, welche das Volk vor Uebergriffen der Behörden schützen.

Deutschland.

Berlin, 15. Januar. Außer mit der deutschen Oberhoheits-Frage beschäftigt man sich in den Rathschlägen der Minister, zu denen Herr Camphausen und Herr Bunsen eingeladen worden sind, besonders noch mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, für welche unser Gesandte am Hofe von St. James bestimmte Instruktionen jetzt erhält. Beide Fragen, die Kriegs- und die Kaiserfrage, stehen in einer Verbindung, welche zur Folge haben kann, daß die eine um der andern willen mehr im Interesse Deutschlands gelöst wird, als es bisher den Anschein hatte. Die Ankunft des Generals von Bonin bezieht sich ebenfalls hierauf und die Anwesenheit desselben kann von sehr guter Wirkung sein, da es bekannt ist, daß dieser Offizier derjenige gewesen ist, welcher viel Gutes im letzten Kriege angeordnet hat. — Der bisherige Militär-Gouverneur des Prinzen Friedrich Wilhelm, Generalmajor von Unruh, ist wegen anhaltender Krankheit als Generalleutnant pensionirt und statt seiner der Oberstleutnant Fischer zu dem wichtigen Amte berufen, dem 17jährigen Thronerben Preußens fortan zur Seite zu stehen. Je wichtiger in diesem Augenblicke die Beziehungen Preußens zu Deutschland sind, desto erfreulicher ist es, daß dieser Posten einem Manne anvertraut wird, der, wie der Oberstleutnant Fischer, während mehrerer Monate in Frankfurt Gelegenheit hatte, sich mit den dort herrschenden Stimmungen und Wünschen bekannt zu machen. Uebrigens steht der Genannte in dem Rufe eines kenntnißreichen und umsichtigen, in keinerlei Standes-Vorurtheilen befangenen Offiziers.

* **Berlin, 16. Januar.** Im Handels-Ministerium gibt sich eine bedeutende Regsamkeit kund. Durch den Zusammenritt der Deputirten aus dem Handels-, Gewerks- und Gesellenstande werden die für die handelspolitischen und gewerblichen Interessen höchst wichtigen Fragen dergestalt berathen und zu einem Entwurf für die nächste Kammer bearbeitet, daß, wenn die zu erwartenden National-Vertreter sich mit dem Wobbe des Vaterlandes practisch beschäftigen wollen, sie in der That Gelegenheit genug dazu finden werden. Unsere Aufgabe kann es doch nun endlich sein, einen praktischen Nutzen unserer freien Institutionen zu erzielen, denn das Frühjahr muß durch rege Geschäftigkeit in allen gewerblichen Klassen den Boden gut bestellt begrüßen, damit wir die Saat zur fruchtbringenden Ernte einstreuen können. Auch über die Beschaffung einer deutschen Flotte werden mit dem Reichs-Ministerium Unterhandlungen gepflogen; binnen Kurzem wird ein preußischer Beamter (man nennt den Königl. Fabriken-Kommissions-Rath Weddigg) nach Amerika gehen, um den Ankauf von Segel- und Dampfschiffen zu bewirken. Auch sollen daseibst von preußischer Seite Marine-Offiziere engagirt werden, was nach den Mittheilungen aus den Vereinsstaaten keine Schwierigkeiten haben wird.

Berlin, 17. Januar. Die von den Herren Hänel und Schumann in Moabit angeregte menschenfreundliche Idee zur Begründung einer preußischen National-Invalidenkasse, findet großen Anklang. Nach einer Berechnung dürften ungefähr 82,000 invalide Arbeiter in Preußen jene Kasse in Anspruch nehmen. Letztere soll ihre Geldkräfte nicht aus den Kollekten, Legaten und Unterstützungen des Staates, sondern hauptsächlich aus dem monatlichen Beitrag von 6 Pfennigen eines jeden Arbeitsfähigen ziehen.

Berlin, 18. Jan. Von der Konferenz im Handels-Ministerium, betreffend die Berathungen über den Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung ist Folgendes zu berichten: Die erste Sitzung der zu dieser Konferenz berufenen Sachverständigen fand heut Vormittag statt. Im Auftrage des Ministers eröffnete der Ministerial-Direktor Hr. v. Pommer Esche die Verhandlung. Er deutete darauf hin, daß, um den vielseitigen Wünschen und Kundgebungen der Handwerker zu genügen, die Regierung provisorische Verordnungen zur Regelung der Handwerker-Verhältnisse zu erlassen beabsichtige. Die selbe habe indeß Bedenken getragen, das mehrfach gestellte Verlangen nach Wiedereinführung des

Innungszwanges zu berücksichtigen. Der gesetzgebenden Kammer müsse überlassen bleiben, schließliche und umfassende Bestimmungen hierüber festzustellen. Hierauf wurde den Deputirten des Handwerkerstandes ein „vorläufiger Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Jan. 1845“ vorgelegt. Derselbe besteht aus 42 Paragraphen und enthält zunächst (§ 1) für eine Reihe von Handwerken zu den allgemeinen und maßgebend bleibenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung die Beschränkung, daß ihnen der Beginn des selbstständigen Gewerbetriebes nur dann zu gestatten sei, wenn sie entweder in eine Innung aufgenommen sind, oder ihre Befähigung durch das Zeugniß einer Prüfungsbehörde nachweisen. Zu den so beschränkten Gewerben (im Ganzen etwa 70) gehören: die Müller, Bäcker, Fleischer, Schneider, Tischler, Schuhmacher, Schlosser, Riemer u. s. w. Die Zulassung zur Prüfung ist bedingt durch den Nachweis, daß der zu Prüfende das Handwerk innungsmäßig erlernt habe, nach der Gesellen-Prüfung entlassen und seit der Entlassung mindestens 3 Jahre verlaufen. Bei Innungsangelegenheiten, welche die Gesellen berühren, muß diesen gestattet werden, ihre Interessen durch Vertreter (Altgesellen) vor der Innung zur Sprache zu bringen. Es folgen dann die schon früher der National-Versammlung vorgelegten Bestimmungen gegen das Trucksystem (§ 16. u. ff.), Fabrikhaber dürfen die Arbeiter nur in baarem Gelde befriedigen (ausgenommen ist Anrechnung des Lohnes auf verabreichte Wohnung, Arzneien u. s. w.), ihnen keine Waare kreditiren und Forderungen deshalb nicht eintragen. Uebertretungen werden mit 5 bis 500 Thalern bestraft; die Geldbußen fließen den Kranken- und andern Hilfs-Kassen zu, deren Mitgliedschaft durch Ortsstatuten jedem Gewerbetreibenden zur Pflicht gemacht wird. In gleicher Weise kann die Verpflichtung festgesetzt werden zu andern gemeinnützigen Einrichtungen (Unterstützung hilfsbedürftiger Gesellen und Fortbildung der Lehrlinge) beizutragen und die Beitragspflichtigkeit zwangsweise auferlegt werden. Besonders wichtig ist § 33. Er lautet wörtlich: „Die Ortspolizei ist ermächtigt, die Bäcker und die Verkäufer von Backwaaren anzuhalten, die Preise und das Gewicht ihrer verschiedenen Backwaaren für gewisse, von ihr zu bestimmende Zeiträume durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufsorte zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Dieser Anschlag ist kostenfrei mit dem polizeilichen Stempel zu versehen und täglich während der Verkaufszeit auszuhängen. Ueberschreitungen der erwahten Tagen werden nach § 186 der Gewerbe-Ordnung bestraft.“ —

Außerdem wird in den nächsten Tagen ein Entwurf zur Bildung von Gewerbsgerichten vorgelegt werden.

Nach Verlesung und allgemeiner Erläuterung der ersteren Vorlage wurde die Frage an die Versammlung gestellt: ob sie die vorläufige Erlassung einer solchen Verordnung im Allgemeinen für rathsam halte? Es wurde indeß von mehreren Deputirten der Antrag gestellt, die Berathungen darüber zu vertagen, damit noch erst private Erörterungen und Verständigungen unter den Vertretern des Handwerkerstandes über diese unerwartete Vorlage statthaben könnten. In Folge dessen wurde die Sitzung bis zum 19. d. Mts. Vormittags 9 Uhr ausgesetzt. — Die Vertreter des Handelsstandes, welche so eben ihre Berathungen über Handelsgerichte beendet hatten, wurden von dem Ministerial-Direktor zur beiderseitigen Theilnahme an den Verhandlungen der Handwerker eingeladen.

Die Deputirten der Handwerke erhalten an Diäten während der Dauer der Verhandlungen für jeden Tag: die Meister 2 Rthlr., die Gesellen 1½ Rthlr.

Frankfurt a. M., 16. Jan. Wie der schwäbische Merkur mittheilt, ist bei dem Reichsministerium die amtliche Anzeige eingetroffen, daß zwei nordamerikanische Dampfschiffregatten für Rechnung der Reichskasse um den Preis von 800,000 Doll. angekauft worden sind. Diese Schiffe sind mit Paixhaus-Geschützen ausgerüstet und werden von nordamerikanischen Seeleuten bedient. Man darf sie in kurzem unter Führung des Commodore Parker in den deutschen Gewässern erwarten. Diesen begleiten noch drei nordamerikanische Seeoffiziere, um die Leitung der deutschen Kriegsmarine zu übernehmen.

Frankfurt, 18. Januar Die D. P. A. Zeitung gibt die Unionsansichten der Gagerischen Partei in Folgendem an: Der Bundesstaat mit der einen Großmacht (Preußen) an der Spitze, wird das engere deutsche Reich. Der Staatenbund zwischen dem engeren deutschen Reiche und den Staatstheilen Oesterreichs, den Deutschen und den nichtdeutschen, wird das deutsche Reich. Das Ganze, die vereinigten Staaten Deutschlands und Oesterreichs, werden durch eine Union verknüpft. Diese Union sey nicht bloß ein papierner Vertrag, sondern sey ein verfassungsmäßiges, durch jährliche Tagjazung lebendig bethätigtes, also auch der Ausbildung zugängliches Institut. Ausschüsse aus dem engeren deutschen Reiche (aus Volkshaus, Staatenhaus und Vertretern der Reichsgewalt zusammengesetzt) und Ausschüsse aus dem österreichischen Kaiser-